

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage vom 14.06.2016 und die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung vom 27.06.2016.

Der Abg. Skoda sagte, das vorliegende Integrationskonzept sei auf den in der Präambel festgelegten Grundsätzen aufgebaut, die seine Fraktion in einigen Punkten grundlegend für mangelhaft halte und demnach grundsätzliche Bedenken gegen das Integrationskonzept an sich habe. Zum einen sei man der Meinung, dass die Zielgruppe nicht ausreichend definiert sei. Ein solches Konzept müsse vom Grundsatz her immer eine Zielgruppe, eine Methode und ein Ziel vorgeben, wobei die Zielgruppe ausreichend definiert sein müsse. In dem Konzept gehe man von einer kompakten Zielgruppe aus, die gleiche Maßnahmen in Anspruch nehmen sollen, was aus organisatorischen und finanztechnischen Gründen nicht sinnvoll erscheine. Hinsichtlich der Methodik gab der Abg. Skoda zu bedenken, dass hierbei zu wenig auf die Eigeninitiative und die Selbstanstrengung der Zuwandernden abgestellt werde. Eine Integration, wenn sie wie in dem Konzept aufgeführt verstanden werde, beruhe vor allem auf den Anstrengung der Menschen, die sich zu integrieren haben, wie beispielsweise das Lernen der Sprache, der Institutionen und der Bräuche. Was man anbieten könne seien ggf. Ratschläge und Kurse. Die Hauptlast dieser Anstrengungen tragen die Migranten selbst. Missverständlich finde der Abg. Skoda auch die im Integrationskonzept formulierten Äußerungen hinsichtlich des Entgegenkommens der Gesellschaft bei den Migrationsanstrengungen, wobei gleichzeitig die Unantastbarkeit der Rechtsordnung und der Gesellschaftsordnung festgelegt werde. Hierzu fehle eine weitergehende Erläuterung.

Aus seiner Sicht sei ein wesentlicher Punkt, dass eine klare Zieldefinition in dem Konzept fehle. Die Rede sei zwar von einer Integration der Migranten in die Gesellschaft, jedoch werde nicht erläutert, was dieses bedeute. Eine Zielbestimmung, wie im Duden beschrieben zur Herstellung einer kulturellen und gesellschaftlichen Einheit, sei in dem Konzept nicht zu finden. Betont werde hingegen die Vielfalt, die für eine Gesellschaft gesund sei. Diese Ansicht teile seine Fraktion nicht. Eine Vielfalt sei in den Bereichen Wirtschaft, Forschung, Bildung, Kultur und Sport unerlässlich. Für den Zusammenhalt und der Solidarität in der Gesellschaft untereinander sei ein Mindestmaß an Homogenität notwendig. Im Übrigen werde in dem Konzept auf die reiche Integrationsgeschichte Deutschlands und insbesondere Nordrhein-Westfalens verwiesen, was richtig sei.

Es werde jedoch nicht gesagt, dass diese Integration wegen der vollständigen Anpassung der Gruppen an die aufnehmende Gesellschaft gelungen sei. Er kenne keine Parallelgesellschaft im Ruhrgebiet, indem sich polnische Landsleute zusammengeschlossen hätten. Aus diesem Grund finde er es nicht gut, wenn in diesem Fall vorgegeben werde, dass eine Vielfalt zu einer erfolgreichen Integration führen könne. Seine Fraktion werde dieses Konzept ablehnen.

Der Abg. Eichner bemerkte, es sei eine Zumutung, dass sich einige Mitglieder des Kreistages die kruden Argumente des Abg. Skoda bereits zum vierten Mal anhören müssten, so geschehen im Arbeitskreis der sozialpolitischen Sprecher zusammen mit den Sozialverbänden, im Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration, in der Sitzung des Kreisausschusses und in der heutigen Kreistagssitzung.

Hinsichtlich der Frage der Notwendigkeit einer Integration für wieder in ihr Heimatland zurückkehrende Migranten sagte der Abg. Eichner, dass es nicht besser sein könne, wenn man den Menschen, die wirklich wieder in ihr Heimatland zurückkehren wollen, eine vernünftigen Qualifikation mitgebe, weil das eine hervorragend betriebene Entwicklungspolitik sei. So hätten diese Menschen die Möglichkeit, am Aufbau in ihren Ländern beizutragen. Es sei ein Unding, zu sagen, dass es uns nichts angehe und dass man dieses nicht unterstütze.

Zur Aussage des Abg. Skoda bezüglich der fehlenden Definition von Zielen im Integrationskonzept wies der Abg. Eichner auf die aufgeführten übergeordneten Ziele sowie auf

die beschriebenen Detailziele hin. Darüber hinaus sei das Konzept auf die Möglichkeit einer Fortschreibung und insbesondere dabei auf den dargelegten Zielen angelegt. Hinsichtlich einer gelungenen Integration der polnischen Landsleute im Ruhrgebiet mit der Fortführung ihrer eigenen Tradition verwies der Abg. Eichner außerdem auf den Fußballverein Schalke 04. Auch im Rhein-Sieg-Kreis gebe es eine Vielzahl gut integrierter Volksgemeinschaften, die ihre Bräuche fortführen. Aus diesen Gründen seien die Argumente des Abg. Skoda abwegig. Seine Fraktion werde dem Integrationskonzept zustimmen.

Der Abg. Hurnik sagte, dass es entgegen der Behauptung des Abg. Skoda im Integrationskonzept eine definierte Zielgruppe gebe, die sich nicht nur auf Flüchtlinge, sondern auf alle Menschen, die im Kreis bereits in zweiter und dritter Generation lebten, beziehe. Von daher sei die Zielgruppe fest umschrieben und das Argument des Abg. Skoda widerlegt. Darüber hinaus solle den Menschen Hilfestellungen für eine Integration angeboten und vermittelt werden. Es liege in der Entscheidung der Menschen, ob sie dieses Angebot annehmen. Wer dieses Angebot nicht annehme, der verfehle die Ziele, die mit dem Integrationskonzept verbunden seien. Bei den Menschen, die sich nicht integrieren wollen, müsse man überlegen, wie man damit umgehe. Ein Integrationswille gehöre auf beiden Seiten dazu.

Weiter verwies der Abg. Hurnik auf das Engagement des Kreises in den vergangenen Jahren im freiwilligen Bereich der Integration durch die Förderung von Vereinen, die sich überregional organisierten. Als Beispiel nannte er die Integrationsarbeit der Kurdischen Gemeinschaft Rhein-Sieg/Bonn e.V., für die ihr Vorsitzender, Herr Musa Ataman, mit dem Rheinlandtaler ausgezeichnet worden sei. Das zeige, dass man diese Eigeninitiativen der Migranten selbst besonders fördere.

Bezüglich den durch den Abg. Skoda aufgeworfenen Kritikpunkt der nicht näher definierten Ziels einer Integration in die Gesellschaft sagte der Abg. Hurnik, dass dieser die Forderung zwischen Assimilation und Integration in die Gesellschaft verwische.

Integration beziehe sich auf die Akzeptanz und den Respekt der Werte und das Verhalten des Gastlandes. Das bedeute jedoch nicht, dass man seine Sprache, seine Bräuche und seine Kultur aufgeben müsse. Die deutsche Gesellschaft sei, insbesondere im Rheinland, eine über 2.000 Jahre gewachsene multikulturelle Gesellschaft.

Ziel von Integration sei es, die im Grundgesetz festgelegten Werte zu vermitteln. Einer dieser Werte sei die persönliche Freiheit eines jeden Einzelnen, die jedem gewährleiste, sich in unserem Land mit seiner Religion und seinen Wertvorstellungen entfalten zu dürfen, wenn er die Werte des Anderen akzeptiere. Wohin eine Nichtakzeptanz führe, würden die Übergriffe, Hetzkampagnen und Bedrohungen gegen Flüchtlinge und auch gegen Politiker demokratischer Parteien, die sich für Fremde einsetzten, zeigen. Es stelle sich die Frage, ob das die Freiheit sei, die der Abg. Skoda vertrete. Dieses sei nicht die Freiheit, für die man einstehe.

Die Abg. Deussen-Dopstadt bemerkte, dass der Abg. Skoda einen statischen Begriff von der deutschen Gesellschaft in der Form einer abgeschlossenen und fest umrissenen Gruppe habe, in die sich andere Menschen einzuordnen hätten. Bereits in der Diskussion habe man das Argument ausgetauscht, dass für sie Gesellschaft ein dynamischer Prozess sei, der sich verändere. Aufgabe der Politikerinnen und Politiker sei es, diesen Prozess zu unterstützen und zu begleiten. Das Integrationskonzept biete hierfür eine gute Möglichkeit.

Weiter bedauerte Abg. Deussen-Dopstadt, dass der Abg. Skoda bei der Erstellung des Integrationskonzeptes wenig präsent gewesen sei, zumal viele gesellschaftliche Gruppen und Selbstorganisationen über viele Jahre an der Erstellung des Konzeptes mitgearbeitet hätten, sodass man sicher sein könne, dass unterschiedliche Sichtweisen, Ansprüche und Erwartungen

ihren Weg gefunden haben. Das Positive an diesem Konzept und ein Argument, um die Ängste zu nehmen sei, dass es klare, unumstoßbare Prinzipien gebe, nämlich das Grundgesetz. Von denjenigen, die auf Dauer in Deutschland leben möchten, erwarte man, dass die im Grundgesetz festgeschriebenen Werte übernommen und nicht in Abrede gestellt werden. Auf dieser Basis werde sich ein gegenseitiger Prozess entwickeln. Insofern seien die von Abg. Skoda geforderten Grenzen klar benannt worden.

Die Abg. Deusen-Dopstadt führte weiter aus, dass sie den offenen Charakter des Konzeptes positiv finde. Man habe einen Handlungsrahmen abgesteckt und liste in jährlichen Berichten Einzelmaßnahmen im Hinblick auf die Umsetzung des Konzeptes auf. Insbesondere der offene Charakter des Konzeptes spiegle den offenen Gedanken des Integrationskonzeptes wider. Man halte es für sinnvoller, den Prozess zu begreifen anstatt Ängste zu schüren.

Der Abg. Dr. Fleck sagte, dass in dem Integrationskonzept die Ziele erkennbar seien, jedoch die Ursachen nicht benannt werden und wies darauf hin, dass eine vernünftige Bevölkerungspolitik erfolgen müsse. Hinsichtlich einer Qualifizierung der Migranten für den Arbeitsmarkt verwies er auf die Arbeitslosenstatistik für den Rhein-Sieg-Kreis und auf das Zahlenwerk in der beantwortete Anfrage vom 13. Juni 2016. Darüber hinaus müssten die Fluchtursachen in den Herkunftsländern beendet werden.

Der Landrat teilte mit, dass zu diesem Tagesordnungspunkt noch Wortmeldungen der Abg. Westig und des Abg. Skoda vorlägen.

Hinsichtlich des Geschäftsordnungsantrages auf Beendigung der Debatte des Abg. Waldästl, sagte der Abg. Lamberty mit, dass man den Redebeitrag seiner Fraktion gerne noch ausführen möchte.

Der Landrat schlug vor, dass die Rednerliste nach den Wortbeiträgen der Abg. Westig und des Abg. Skoda geschlossen werde. Hierüber bestand Einvernehmen.

Die Abg. Westig merkte an, dass das Integrationskonzept nicht im „luftleeren Raum“ stehe, zumal auch auf Bundesebene Leistungen der Migranten eingefordert würden, da es sonst zu Kürzungen von Sozialleistungen käme. Zudem fände sie die Behauptung des Abg. Skoda vermessen, dass eine Eigeninitiative für eine Integration bei den Flüchtlingen nicht verlangt werde. Jeder, der mit Flüchtlingen Kontakt hatte, wisse, dass eine hohe Eigeninitiative für eine Integration bei den Menschen vorhanden sei. Das Integrationskonzept biete dafür einen geeigneten Rahmen. Leider müsse das sehr gelungene und innovative Integrationskonzept für die verengte Parteiideologie des Abg. Skoda erhalten, obwohl dieser selbst einen Migrationshintergrund habe.

Der Abg. Skoda sagte, dass er sich mit Nachdruck gegen die Behauptung des Abg. Hurnik verwahre, dass sein Verhältnis zur Freiheit gestört sein könne. Er sei in dieses Land gekommen, da er die Freiheit liebe. Bezüglich des Wortbeitrages der Abg. Westig machte der Abg. Skoda darauf aufmerksam, dass er an dem Konzept die nicht ausreichende Berücksichtigung und Würdigung derjenigen Menschen bemängelt habe, die sich mittels Selbstinitiative und eigenen Selbstanstrengungen integrieren wollen.

Darüber hinaus stelle der Abg. Skoda fest, dass seine Vorstellungen über die Möglichkeiten für eine gelungene Integration gegenüber einer Mehrheit des Hauses auseinandergehen. Er sei der Überzeugung, dass eine Integration nur gelinge, wenn die Menschen ihre eigene hergebrachte Identifikation oder Identität in die 2. Reihe zurückstellen und primär die Integrität und

Identifikation mit ihrer neuen Heimat suchen. Es gehe darum, dass diese Menschen sich dem Land und seiner Gesellschaft gegenüber loyal und solidarisch zeigen.

Der Landrat sagte, dass somit die Rednerliste beendet worden sei und der Geschäftsordnungsantrag als nicht gestellt angesehen werden könne. Hierüber bestand Einvernehmen.